

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

auch per Mail (pdf+word) an:
vernehmlassungen-BIZ@sbfi.admin.ch

Schaffhausen, 22. September 2015

**Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungs-
raum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG);
Stellungnahme des Kantons Schaffhausen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Schaffung des oben erwähnten Gesetzes.

Der Kanton Schaffhausen schliesst sich mit der vorliegenden Stellungnahme weitgehend derjenigen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vom 10. September 2015 an.

Der Kanton Schaffhausen stimmt mit den im erläuternden Bericht zum Bildungszusammenarbeitsgesetz vom Juni 2015 ausgeführten Überlegungen zur verfassungsmässigen Grundlage und zum Wesen der Bildungszusammenarbeit von Bund und Kantonen grundsätzlich überein. Er beurteilt die bisherige, pragmatische Zusammenarbeit im Sinn von Art. 61a Abs. 2 BV positiv. Er ist deshalb der Auffassung, dass die Schaffung neuer Zuständigkeiten oder weitergehender Regelungen nicht notwendig ist.

Das BiZG ersetzt verschiedene Rechtsgrundlagen, die bisher auf Bundesseite der Zusammenarbeit mit den Kantonen und der Mitfinanzierung gemeinsamer Projekte im Rahmen von

Art. 61a BV zugrunde lagen (beispielsweise das Bundesgesetz über Beiträge an gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraums Schweiz vom 5. Oktober 2007 [SR 410.1]). Aus der Sicht des Kantons Schaffhausen ist dabei entscheidend, dass die neu auf das BiZG gestützte Zusammenarbeit in den Bereichen Bildungsmonitoring, Bildungsberichterstattung sowie Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in unkomplizierter Art und Weise auf Ebene der zuständigen Behörden und Institutionen weitergeführt werden kann. Um eine grösstmögliche Kontinuität zu gewährleisten, muss sichergestellt werden, dass die Bundesbeiträge an die entsprechenden gemeinsamen Vorhaben und Institutionen auf sicherer Rechtsgrundlage verlässlich ausgerichtet werden. Bisher mussten sämtliche Vorhaben und Institutionen einzeln und explizit in einer gesetzlichen Grundlage des Bundesrechts genannt werden, um Bundesbeiträge erhalten zu können. Der vorliegende Gesetzesentwurf nennt nun aber keine Vorhaben und Institutionen mehr, sondern sieht lediglich vor, dass Bund und Kantone zur Erfüllung ihrer verfassungsmässigen Verpflichtung zur Zusammenarbeit und Koordination im Bildungsbereich eine Zusammenarbeitsvereinbarung abschliessen können. Die rechtliche Begründung für diese Abweichung von der bisherigen Praxis erschliesst sich dem Kanton Schaffhausen nicht abschliessend. Unter der Annahme, dass das BiZG und die darauf beruhende Zusammenarbeitsvereinbarung als rechtliche Grundlage für die Weiterausrichtung der Beiträge des Bundes tatsächlich genügen, ist dagegen jedoch nichts einzuwenden. Der Kanton Schaffhausen erwartet, dass die finanzielle Beteiligung des Bundes an bereits bestehenden Vorhaben und Institutionen auch unter der neuen Rechtsgrundlage kontinuierlich und langfristig fortgeführt wird.

Den Ausführungen im erläuternden Bericht betreffend die finanziellen Auswirkungen ist mit wenigen Vorbehalten zuzustimmen. Der Kanton Schaffhausen kann die Ausführungen zur finanziellen Beteiligung des Bundes an der Schweizerischen Weiterbildungszentrale für Mittelschullehrpersonen (WBZ CPS) nicht vollständig nachvollziehen, verlässt sich diesbezüglich aber auf die von der EDK gemäss Ziff. 1.4 ihres Tätigkeitsprogrammes 2015 – 2019 geplante gemeinsame Klärung des Auftrages der WBZ. Konkretisiert werden muss zudem, wie sich die Kosten bestimmen, welche mindestens zur Hälfte von den Kantonen getragen werden müssen, um die Ausrichtung von Bundesbeiträgen an gemeinsame Vorhaben zu ermöglichen. Der Kanton Schaffhausen teilt die Auffassung der EDK, wonach dabei der Aufwand zu berücksichtigen ist, welcher den einzelnen Kantonen allenfalls im Zusammenhang mit bestimmten Massnahmen zusätzlich anfällt. Über diese für den Kanton Schaffhausen sehr wichtige Thematik kann jedoch vorliegend nicht abschliessend geurteilt werden, da aktuell schwer abzusehen ist, auf welche Grundsätze zur Finanzierung man sich in der Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Bund einigen wird.

Was die übrigen "Grundsätze über die Organisation der Zusammenarbeit" und jene "über das Führen gemeinsamer Institutionen" betrifft: Es soll auf keinen Fall zu einer Erschwerung oder Komplizierung der bisher geübten, sehr pragmatischen, in den angestammten Strukturen leistbaren und geleisteten Zusammenarbeit kommen. Die bei bestehenden Vorhaben bereits bewährte Praxis, Verträge zwischen den zuständigen Organen des Bundes und der Kantone (beispielsweise zwischen dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung [WBF] und der EDK) abzuschliessen, sollte beibehalten werden.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass die koordinierte Umsetzung der im Jahr 2006 vom Stimmvolk beschlossenen neuen Bildungsartikel in der BV gut angegangen worden und heute gut eingespielt ist. Der Bildungsbereich ist hinsichtlich horizontaler wie vertikaler Zusammenarbeit sehr gut aufgestellt, die Instrumentierung der gemeinsamen Sorge um Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes im Sinne von Art. 61a BV fürs Erste geglückt. Das BiZG sollte sich deshalb in den Dienst an der Kontinuität dieser positiven Entwicklung stellen. Falls mit der vorgeschlagenen neuen Form des Gesetzes dieser Zielsetzung entsprochen werden kann, ist aus Sicht des Kantons Schaffhausen nichts dagegen einzuwenden. Der Kanton Schaffhausen erwartet, dass die finanzielle Beteiligung des Bundes an bereits bestehenden Vorhaben und Institutionen auch unter der neuen Rechtsgrundlage kontinuierlich und langfristig fortgeführt wird.



Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Ernst Landolt

Der Staatsschreiber-Stv.:

Christian Ritzmann